

Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Hannover

Aufgrund der §§ 6 und 7 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 22. August 1996 (Nds. GVBl. S. 382), zuletzt geändert durch Gesetze vom 18.05.2006 (Nds. GVBl. S. 202 u. S. 203), hat der Rat der Landeshauptstadt Hannover in seiner Sitzung am 02. November 2006 folgende Satzung zur Änderung der Hauptsatzung beschlossen:

Artikel 1

Die Hauptsatzung der Landeshauptstadt Hannover wird wie folgt geändert:

1. § 5 Abs. 3 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Zum Zwecke der eigenen Unterrichtung kann jede Ratsfrau und jeder Ratsherr von der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister die erforderlichen Auskünfte in allen Angelegenheiten der Gemeinde verlangen.“

2. § 7 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 c) wird die Verweisung „§ 51 Abs. 3 Satz 1 NGO“ durch die Verweisung „§ 51 Abs. 4 Satz 1 NGO“ ersetzt.

b) Absatz 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Vertreterinnen und Vertreter, die von der gleichen Fraktion oder Gruppe benannt worden sind, vertreten sich untereinander.“

3. In § 10 Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „Stadtbezirk“ die Worte „in besonderer Weise“ eingefügt.

Artikel 2

Diese Satzung tritt am 01. November 2006 in Kraft.

Hannover, den

(Oberbürgermeister)